

Wie wir wurden, was wir sind

Schon für die Frauen und Männer aus der Gründergeneration der Arbeiterbewegung, also vor mehr als 150 Jahren, war der Satz „Wissen ist Macht“ von elementarer – theoretischer wie lebenspraktischer – Bedeutung. Er stand Pate für das damalige Engagement der SPD im Zeitungswesen.

In zahllosen Städten und Gemeinden gründeten Sozialdemokraten Druckereien, Buch- und Zeitungsverlage und errichteten Parteihäuser. Finanziert wurde das alles durch die Genossinnen und Genossen: Jeder und jede Einzelne trug zu den viel zitierten Arbeiter Groschen bei. Die SPD selbst konnte dabei nicht als juristische Person handeln, dafür sorgten das Sozialistengesetz, das von 1878 bis 1890 sozialdemokratische Aktivitäten in den Untergrund zwang, und das restriktive Vereinsrecht. Die von den Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen stammenden Mittel wurden daher Treuhändern anvertraut, die die Betriebe und Unternehmen als Einzelpersonen aufbauten und führten.

Diese Druckereien und Verlage trugen immer auch zur Finanzierung und zur politischen Unabhängigkeit der SPD bei. Ihre wirtschaftliche Entwicklung hing allerdings von den Zeitläufen ab, von Krieg und Frieden, von wirtschaftlicher Prosperität und Rezession. Lange Zeit waren insbesondere die sozialdemokratischen Zeitungsverlage eine Erfolgsgeschichte. Schon 1914 war ihr Zahl auf 90 angewachsen; zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, 1929, waren es rund 200 und 1932 immerhin noch 130. Dann übernahmen die Nationalsozialisten die Macht. Diese verfolgten, verhafteten und ermordeten neben vielen Andersdenkenden auch Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, beschlagnahmten, zerschlugen und enteigneten die Unternehmen.

Nach dem Krieg, in der Besatzungszeit, lizensierten die Alliierten die Herausgabe von Zeitungen. Die Lizenzen wurden zunächst nur an politisch unbelastete Personen vergeben, ausgewählt wurden sie vor allem auf Vorschlag von SPD und Zentrum. Auf diese Weise konnten vielerorts alte Zeitungen und Betriebe wieder aufgebaut werden. Hinzu kam, dass die SPD in den 1950er und 1960er Jahren ihr Vermögen zum Teil zurückerhielt: Das untergegangene oder zerstörte Betriebsvermögen wurde durch eine – aus heutiger Sicht unzureichende – Geldzahlung entschädigt. Diese Zahlung und die Tatsache, dass einige der sozialdemokratischen Lizenznehmer ihre Zeitungen in die SPD einbrachten, bildeten den Grundstock des Zeitungsvermögens der SPD in der Bundesrepublik.

Die enge Führung der meisten Zeitungen als Parteizeitung beeinträchtigte allerdings ihre Marktfähigkeit. Als außerdem der technische Wandel einen erhöhten Kapitaleinsatz erforderte, arbeiteten viele dieser Zeitungen nicht mehr profitabel. Sie mussten eingestellt werden oder schlossen sich mit den vor Ort konkurrierenden „bürgerlichen“ Zeitungen zusammen. Durch solche Kooperationen und Fusionen wurden mittelständische Betriebe aufgebaut – und die so entstandenen neuen und wirtschaftlich sanierten Regionalzeitungen konnten der Pressekonzentration widerstehen. Dennoch ging erhebliches Vermögen unter und die Sanierungen verschlangen beachtliche Mittel. Über mehr als zwei Jahrzehnte mussten DM 250 Mio. Schulden abgebaut werden.

1971 wurde die ddvg als Holding für die durch Fusion erworbenen Beteiligungen gegründet; später wurden alle Zeitungsbeteiligungen der ddvg zugeordnet. Ab 1995 ist der Unternehmensbereich noch einmal restrukturiert und vereinheitlicht worden. Mit Ausnahme der Immobilienverwaltung werden inzwischen alle operativen Geschäftsfelder von der ddvg betreut. Weil die SPD (nach wie vor) ein nicht-eingetragener Verein ist, werden die Beteiligungen des SPD-Parteivorstandes an der ddvg, ebenso wie die an der Grundstücksgesellschaft Konzentration GmbH und an der Verwaltungsgesellschaft des Willy-Brandt-Hauses in Form einer offenen Treuhandschaft des Schatzmeisters wahrgenommen. Damit ist eine effiziente Aufgabenteilung zwischen Management und der Partei als Eigentümerin gewährleistet.